



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
Décision
Decisione

- 1. Sep. 1993

Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Oesterreich, Belgien, Kroatien, der Republik Tschechien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, der Republik Slowakien, der Republik Slowenien und der Schweiz über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste

Aufgrund des Antrags des EVED vom 10. Aug. 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, der Republik Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich, der Republik Polen, der Schweiz, der Republik Slowenien, der Republik Tschechien, der Republik Slowakien und der Republik Ungarn über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste wird als Bagatellvertrag genehmigt.
2. Der Chef der schweizerischen Delegation wird ermächtigt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die schweizerische Delegation an der Konferenz zur Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen über die Koordinierung von Frequenzen zwischen



- 2 -

29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste in Wien setzt sich wie folgt zusammen:

Chef der Delegation:

Herr Peter Pauli, Chef der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Delegierte:

Herr Urs Liechti, Techniker der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Herr Urs Schaffer, Verwaltungsbeamter, RT 51, GD PTT.

4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, eine Vollmacht für den Delegationschef auszustellen.
5. Die Ausführungen des Antrages gelten als Instruktionen für die Delegation.

Für getreuen Protokollauszug:

Urs Liechti

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD		
X		EVED	10	-
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 10. Aug. 1993

An den Bundesrat

Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Oesterreich, Belgien, Kroatien, der Republik Tschechien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, der Republik Slowakien, Slowenien und der Schweiz über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste: Delegationsbestellung und Instruktionen für die Konferenz vom 30.11. bis 3.12.1993 in Wien

1. Ausgangslage

Die "Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste" vom 24. Januar 1986 (in Kraft getreten am 1.1.87) wurde von der Schweiz erstmals 1962 unterzeichnet. Sie wurde bisher 1969 und 1986 revidiert. Sie hat zum Zweck, den gemäss Artikel 7 des Radioreglements zu regelnden Frequenzeinsatz zu koordinieren. Diese Koordinierung soll einen störungsfreien Frequenzeinsatz in den Grenzgebieten gewährleisten. Die Vereinbarung regelt das Prozedere der Koordinierung, welche zwischen den verschiedenen Staaten auf bilateraler oder multilateraler Ebene erfolgt.

Aufgrund der rasanten technischen Entwicklung auf dem Gebiet der Uebertragungstechnik (digitale Uebertragungsverfahren; Berechnungen mit Computermodellen) drängt sich eine weitere Revision dieser Vereinbarung auf. In der Vereinbarung soll nur noch das Verfahren der Koordinierung geregelt werden. Die technischen Parameter werden neu in den Anhängen zur Vereinbarung untergebracht. Diese angestrebte Aenderung soll die Vereinbarung flexibler gestalten. Auf funktechnische Neuerungen kann in Zukunft mit einer Anpassung der Anlagen reagiert werden. Da der Verfahrensteil immer derselbe bleibt, braucht so nicht die ganze Vereinbarung revidiert zu werden. Die Revision dieser Vereinbarung ist vom 30.11. - 3.12.1993 in Wien geplant.

2. Bisherige Vorbereitungen

Die wesentlichen Aenderungen sind in Vorbereitungskonferenzen der technischen Arbeitsgruppen geregelt worden. Der Entwurf dieser Arbeitsgruppen für ein Schlussdokument liegt bei.

3. Schweizerische Position

Die Schweiz kann dem Entwurf für die Revision der Vereinbarung im wesentlichen zustimmen. Sie erachtet diese Vereinbarung grundsätzlich als nützlich und notwendig. Die Vereinbarung ist ein Abkommen zur Koordinierung der Frequenzen in Anwendung des internationalen Fernmeldevertrages und des internationalen Radioreglementes, welche die Schweiz beide unterzeichnet hat.

4. Abschlusskompetenz

Die Vereinbarung regelt, wie der bisherige Vertrag, das Koordinierungsverfahren und die diesbezüglichen technischen Parameter. Der wesentliche materielle Gehalt der bisherigen Regelung wird beibehalten. Aenderungen sind vorab lediglich im formellen Bereich vorgesehen, wo die technischen Applikationen aus dem Verfahrensteil herausgenommen und in einem Anhang untergebracht werden. Diese werden zwar zum Teil geändert, insoweit aber nur dem neusten technischen Stand angepasst. Die Revision dieser Vereinbarung hat keine finanziellen Auswirkungen, da sie nichts an den bestehenden Frequenzuteilungen ändert. Die Frequenzen werden auch weiterhin gemäss dem in diesem Vertrag geregelten Verfahren auf bi- oder multilateraler Ebene koordiniert werden müssen. Die Revision hat also keine wesentliche Aenderung der Stellung der Schweiz zur Folge. Die Rechte und Pflichten bleiben im Vergleich zur bisherigen Regelung im Grundsatz die selben. Die Vereinbarung kann somit vom Bundesrat als Bagatellvertrag abgeschlossen werden (vgl. dazu VPB 51/IV Nr. 58 S. 381 ff.).

Möglicherweise wird der Entwurf anlässlich der Verhandlungen in einzelnen Punkten noch geringfügige Aenderungen erfahren. Solche Aenderungen sollen von der schweizerischen Delegation in abschliessender Kompetenz vereinbart werden können. Wenn allerdings die Vereinbarung in wesentlichen Punkten geändert würde, so müsste sie erneut dem

Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet werden. Im vorliegenden Fall soll also eine sogenannte Vorausgenehmigung erteilt werden (vgl. dazu VPB, a.a.O., S. 380 f.).

5. Entschädigung der Delegationsmitglieder

Da die aus der Schweiz kommenden Delegationsmitglieder dem Bund angehören, kommen die vom Eidg. Personalamt festgelegten Ansätze zur Anwendung. Entschädigungen und Reisespesen gehen zu Lasten des Bundesamts für Kommunikation beziehungsweise der PTT. Die Zusammensetzung der Delegation geht aus dem Beschlussesentwurf hervor.

6. Aemterkonsultation und Antrag

Nach Konsultation und im Einverständnis mit der Direktion für Völkerrecht und der Direktion für int. Organisationen (beide EDA), des Bundesamts für Justiz (EJPD) und der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFD) beantragen wir Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

**EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT**



Adolf Ogi

Beilagen:

- Vorschlag der technischen Arbeitsgruppe für die Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste
- Entwurf des Beschlussesdispositivs

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EJPD
- EFD
- BK

Protokollauszug an:

- BK
- EDA
- EJPD
- EFD
- EVED

Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Oesterreich, Belgien, Kroatien, der Republik Tschechien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Polen, der Republik Slowakien, der Republik Slowenien und der Schweiz über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste

Aufgrund des Antrags des EVED vom 10. Aug. 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, der Republik Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich, der Republik Polen, der Schweiz, der Republik Slowenien, der Republik Tschechien, der Republik Slowakien und der Republik Ungarn über die Koordinierung von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste wird als Bagatellvertrag genehmigt.
2. Der Chef der schweizerischen Delegation wird ermächtigt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die schweizerische Delegation an der Konferenz zur Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen über die Koordinierung von Frequenzen zwischen

- 2 -

29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste in Wien setzt sich wie folgt zusammen:

Chef der Delegation:

Herr Peter Pauli, Chef der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Delegierte:

Herr Urs Liechti, Techniker der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Herr Urs Schaffer, Verwaltungsbeamter, RT 51, GD PTT.

4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, eine Vollmacht für den Delegationschef auszustellen.
5. Die Ausführungen des Antrages gelten als Instruktionen für die Delegation.

Für getreuen Auszug

Federal Ministry of Posts and Telecommunications
of the Federal Republic of Germany

RevWV-~~15~~e

Second Preparatory Working Meeting for the Revision of the
"Agreement on the Coordination of Frequencies between
29.7 and 960 MHz for the Fixed and Land Mobile Services"
(Vienna, 24 January 1986)
from 14 to 18 June 1993 in Bonn

(Draft)

Agreement

concluded between the telecommunications authorities of

Austria,
Belgium,
Croatia,
Czech Republic,
Federal Republic of Germany,
France,
Hungary,
Italy,
Luxembourg,
The Netherlands,
Poland,
Slovak Republic,
Slovenia,
and
Switzerland

on the coordination of frequencies between 29.7 and 960 MHz
for the fixed and land mobile services

Vienna, {day} {month} [1993]

Index

Preamble

- 1 Definitions
- 2 General
- 3 Technical provisions
- 4 Procedures
- 5 Report of harmful interference
- 6 Revision of the Agreement
- 7 Accession to the Agreement
- 8 Withdrawal from the Agreement
- 9 Status of prior coordinations
- 10 Languages of the Agreement
- 11 Entry into force of the Agreement
- 12 Revocation of the Agreement of 24 January 1986
- 13 Transitory provisions
- 14 Notification of the Secretary General of the International Telecommunication Union

Annexes

Annex 1: Permissible interference field strengths and maximum cross-border range of harmful interference for frequencies requiring coordination

Annex 2: *Data exchange*
~~Contents of the Frequency Register~~

Annex 3: Determination of the correction factor for the permissible interference field strength for different nominal frequencies

Annex 4: Propagation curves

Annex 5: Determination of the interference field strength

Annex 6: Coding instructions for of antenna diagrams

Annex 7: Provisions on measurement procedures

Addendum: *Technical provisions for the transition period*

Preamble

The representatives of the telecommunications authorities of Austria, Belgium, Croatia, Czech Republic, Federal Republic of Germany, France, Hungary, Italy, Luxembourg, The Netherlands, Poland, Slovak Republic, Slovenia and Switzerland have concluded the present Agreement, under Article 7 of the Radio Regulations, on the coordination of frequencies between 29.7 MHz and 960 MHz for the purposes of preventing mutual harmful interference to the fixed and land mobile services in border areas, and optimising the use of the frequency spectrum above all on the basis of mutual agreements.

The application of the provisions of this Agreement by the signatory states does not imply any comment by these states on the sovereignty of a country or a territory.

1. Definitions

The definitions used in this Agreement shall be those of Article 1 of the Radio Regulations as well as those listed in this Section.

1.1 Administrations

Federal Ministry for Public Economy and Transport (AUT);

Ministry of Communications and Infrastructure (BEL);

Ministry of Maritime Affairs, Transport and Communications (HRV);

Czech Telecommunication Office (CZE);

Federal Ministry of Posts and Telecommunications (D);

Ministry of Industry, Posts and Telecommunications
and Foreign Trade (F);

Ministry of Transport, Communications and Water Management (HNG);

[Ministry of Posts and Telecommunications] (I);

Ministry for Communications (LUX);

Ministry of Transport, Public Works and Water Management (HOL);

Ministry of Posts and Telecommunicationsn (POL);

Ministry of Transport, Telecommunications and Public Works (SVK);

Ministry of Transport and Communications (SVN);

Federal Office for Communications (SUI).

1.2 Frequencies

- 1.2.1 Frequencies in the following bands used in the countries concerned for fixed and land mobile services shall be coordinated under the terms of this Agreement.

29.7 - 47 MHz
 68 - 74.8 MHz
 75.2 - 87.5 MHz
 146 - 149.9 MHz
 150.05 - 174 MHz
 406.1 - 430 MHz
 440 - 470 MHz
 862 - 960 MHz

services in

for all services

- 1.2.2 For all other frequency bands between 29.7 and 960 MHz and between 1350 and 2690 MHz the coordination procedure set out in this Agreement may be used, and, if necessary, the technical parameters shall be agreed separately.

1.3 Frequency classes

1.3.1 Frequencies requiring coordination

Those frequencies which administrations are required to coordinate with the other administrations affected before a station is put into service.

1.3.2 Preferential frequencies

Frequencies which the administrations concerned may assign, without prior coordination, on the basis of bilateral or multilateral agreements under the terms laid down therein.

1.3.3 Shared frequencies

Frequencies which may be shared, without prior coordination, on the basis of bilateral or multilateral agreements under the terms laid down therein.

1.3.4 Frequencies for ~~proposed~~ *planned* radiocommunications networks

Frequencies which the administrations must coordinate with a view to the subsequent introduction of coherent radiocommunications networks.

1.3.5 Frequencies used on the basis of geographical network plans

Frequencies used, in the countries concerned on the basis of a geographical network plan prepared and adopted in advance, taking into account the technical characteristics set out in that plan.

1.4 Frequency register

planned
The Frequency Register shall be made up of lists set out by every administration indicating its coordinated frequencies, its assigned preferential frequencies, its shared frequencies, its frequencies coordinated for ~~proposed~~ radiocommunications networks, and its frequencies used on the basis of geographical network plans. A list of the details to be included in the Frequency Register is given in Annex 2.

1.5 Harmful interference

Harmful interference shall be construed as any emission which causes serious degradation in the quality of the traffic of a radiocommunications service, or repeatedly disrupts or interrupts that service by exceeding the maximum permissible interference field strength specified in Annex 1.

1.6 Administration affected

Any administration whose station could suffer from harmful interference as a result of the proposed use of a frequency, or whose station could cause harmful interference to a receiving station of another administration.

2. General

2.1 This Agreement shall in no way affect the administrations' rights and obligations arising out of the International Telecommunication Convention, the Regulations and Agreements of the International Telecommunication Union as well as other pertinent inter-governmental agreements.

2.2 Administrations shall assign frequencies exclusively in accordance with the provisions of this Agreement. If coordination is required, it shall be done prior to the taking into operation of the radio station affected.

2.3 If necessary, the administrations may agree on provisions that are different or supplementary to the provisions of this Agreement, which, however, must not adversely affect administrations that are not concerned.

2.4 The fixed and land mobile services which do not come under the responsibility of the contracting administrations, shall not be governed by the provisions of this Agreement unless otherwise provided for.

- 2.5 The effective radiated power and the effective antenna height of stations shall be chosen so that their range is confined to the area to be covered. Excessive antenna heights and transmitter outputs shall be avoided by using several locations and low effective antenna heights. Directional antennas shall be used in order to minimize the potential of interference to the neighbouring country. The maximum cross-border range of harmful interference ~~signals~~ is given in Annex 1.

*for frequencies
requiring coordination*

3 Technical provisions

The request for coordination of a station and the evaluation of this request shall be made in accordance with the following technical provisions:

- 3.1 The maximum permissible interference field strength is given in Annex 1.
- 3.2 Where the nominal frequencies are different, the permissible interference field strength shall be increased as indicated in Annex 3.
- 3.3 The interference field strength shall be determined in accordance with Annex 5.
- 3.4 For the purpose of protecting stations covered by this Agreement from emissions from other radiocommunications services, the calculations on mutual interference shall be based on the international agreements and relevant standards applicable to such services.
- 3.5 Administrations may agree to apply parameters other than the set values.

4 Procedures

4.1 Frequencies requiring coordination

A transmitting frequency shall be coordinated if the transmitter produces a field strength, at the border between the administrations affected, which, at a height of 10 m above ground level, exceeds the maximum permissible interference field strength as defined in Annex 1. A receiving frequency shall be coordinated if the receiver requires protection.

- 4.1.1 Any administration wishing to take into operation a station shall circulate a request for coordination to all administrations affected for their comment. This request shall include the characteristics in accordance with Annex 2.

- 4.1.2 If, for the purpose of technically evaluating this request, the administration affected requires information that is lacking or needs to be supplemented in accordance with Annex 2, it shall ask for this information within 30 days upon receipt of the request for coordination.
- 4.1.3 Having received complete information concerning a request for coordination, the administration affected shall evaluate this information in accordance with the provisions of this Agreement. It shall notify the requesting administration of the outcome within 45 days.
- 4.1.4 If the administration which initiated the coordination procedure does not receive a reply within 45 days, it may send a reminder. The administrations affected shall respond to this reminder within 20 days.
- 4.1.5 If the administration affected again fails to respond within the period fixed under 4.1.4, it shall be deemed to have given its consent, and the station shall be considered as coordinated.
- 4.1.6 The periods specified under 4.1.3 and 4.1.4 may be changed by mutual consent.
- 4.1.7 Any frequency assignment made after a positive coordination shall be notified to the administrations affected within 180 days upon approval. Following such notification of assignment the frequency shall be entered in the Frequency Register. If agreement is only given subject to non-interference with an existing radiocommunications service, the designation "E" shall be entered in the Frequency Register with an indication of the station to be protected.
- If no assignment is granted within 180 days, the administration affected shall send a reminder to the administration that has asked for coordination. If no notification of assignment is given within another 30 days, the request for coordination shall be deemed null and void.
- No notification shall be required if the frequency registers are exchanged semi-annually in accordance with Section 4.7.1.
- 4.1.8 The administration wishing to change the technical characteristics of stations registered in the Frequency Register, shall notify the administrations affected of its intentions. Coordination shall be required if this change causes the probability of interference to increase in the neighbouring country. If the situation remains unchanged with regard to interference or if it improves, the administrations affected shall only be informed of such change. The entry in the Frequency Register shall be corrected accordingly.

- 4.1.9 In special cases, the administrations may assign frequencies for temporary use (up to 45 days) without coordination provided this does not cause harmful interference to coordinated stations. As soon as possible, the administration affected shall be notified of the planned taking into operation. Such stations shall immediately be taken out of operation if they cause harmful interference to coordinated stations of the neighbouring country.
- 4.2 Preferential frequencies
- 4.2.1 Frequencies in the frequency bands specified in Section 1.2 may be defined by prior bilateral or multilateral agreements as preferential frequencies for given administrations.
- 4.2.2 The administration which has been granted a preferential right may put stations operating on preferential frequencies into use without prior coordination.
- 4.2.3 Preferential frequencies granted to an administration shall have priority rights over assignments made to other administrations.
- 4.2.4 The entry into service of stations using preferential frequencies shall be notified to the administrations affected, including the characteristics as set out in Annex 2. These frequencies and their technical characteristics shall be entered in the Frequency Register.
- 4.2.5 Preferential frequencies to be assigned on conditions other than those agreed in Section 1.3.2 shall be coordinated in accordance with Section 4.1.
- 4.2.6 ~~In a border area,~~ Following a positive coordination procedure in accordance with Section 4.1, administrations may bring into use another administration's preferential frequencies. These shall have the same rights as frequencies coordinated in accordance with Section 4.1.
- 4.2.7 If the existing radio networks of one administration cause harmful interference to the stations operated by another administration on frequencies to which it has a preferential right, or if, in particular cases, frequency assignments not enjoying preferential rights have to be adjusted, that administrations concerned shall determine the transitional period by mutual consent.

*planned*4.3 Frequencies for ~~proposed~~ radiocommunications networks

4.3.1 Prior to the coordination of a proposed radiocommunications network the administrations may embark on a consultative procedure in order to facilitate the taking into operation of this new network. The request for consultation shall include the planning criteria as well as the following data:

- proposed frequencies (transmitting and receiving frequency of the base station);
- coverage area of the entire radiocommunications network;
- class of the station;
- radius of the coverage area of a base station;
- effective radiated power;
- maximum ~~useable~~ antenna height;
- designation of the emission;
- network ~~development~~ plan.

The administration affected shall acknowledge receipt of the request for consultation and communicate its reply within 60 days.

In complicated planning issues this consultation may require a bilateral or multilateral consultation meeting in order to assist the administration planning a radiocommunications network in coming to a quicker solution.

4.3.2 To coordinate frequencies for a proposed radiocommunications network the administrations affected shall apply, no sooner than three years prior to the planned taking into operation of the network, the procedure described in Section 4.1 together with the following changes:

- The receipt of the request for coordination shall be acknowledged.
- If there is no prior consultation the administrations affected shall submit their reply within 180 days from the day of the receipt of the request for coordination. Any request for coordination following a consultation process shall be responded to within 120 days.
- The administration requesting coordination shall notify to the administrations affected the date at which the radiocommunications network will be taken into operation.

4.3.3 Stations forming part of the radiocommunications network shall be entered in the Frequency Register together with the date of the termination of the coordination procedure, and enjoy the same rights as the stations coordinated in accordance with Section 4.1.

- 4.3.4 Coordination shall be null and void for those coordinated stations which have not been taken into operation within five years of the termination of the coordination procedure.
- 4.4 Frequencies used on the basis of geographical network plans
- 4.4.1 Geographical network plans covering certain parts of the frequency bands indicated in 1.2 may be prepared and coordinated for the border area concerned - divergence from the defined parameters being permissible - subject to prior agreement reached between the administrations. These frequencies shall be entered in the Frequency Register. On the basis of the geographical network plans adopted in this fashion, administrations shall be authorised to put stations into service without prior coordination with the administrations with which the plan has been agreed.
- 4.4.2 Frequencies used on the basis of geographical network plans and intended to be assigned on conditions other than those agreed in Section 1.3.5, shall be coordinated in accordance with Section 4.1.
- 4.5 Evaluation of requests for coordination
- 4.5.1 In evaluating the requests for coordination, the administration affected shall take into account the following classes of frequencies:
- frequencies entered in the Frequency Register;
 - preferential frequencies;
 - frequencies awaiting coordination (in chronological order of requests).
- 4.5.2 A request for coordination of a transmitter may only be rejected if the respective station
- 4.5.2.1 - exceeds the maximum permissible interference field strength given in Annex 1 at a station entered in the Frequency Register or
 - 4.5.2.2 - intends to use a preferential frequency of the requesting or affected administration without meeting the conditions agreed upon bilaterally or multilaterally in accordance with Section 1.3.2 or
 - 4.5.2.3 - exceeds the maximum permissible interference field strength given in Annex 1 in the case of a station awaiting coordination or
 - 4.5.2.4 - does not meet the coordination governing the maximum cross-border range of harmful interference as given in Annex 1.

- 4.5.3 The protection of a receiver may only be rejected if
- 4.5.3.1 - one of the coordinated transmitter of the administration affected produces at the respective receiver an interference field strength which is higher than the maximum permissible interference field strength given in Annex 1 or
 - 4.5.3.2 - the protection of the receiver would restrict the use of a preferential frequency of the administration affected under the conditions agreed upon bi- or multilaterally in accordance with Section 1.3.2 or
 - 4.5.3.3 - one of the transmitter awaiting coordination of the administration affected produces at the respective receiver an interference field strength which is higher than the maximum permissible interference field strength given in Annex 1 or
 - 4.5.3.4 - the conditions governing the cross-border range of harmful interference as given in Annex 1 are not met.
- 4.5.4 If protection from interference cannot be guaranteed, a request for coordination must be accepted with "G" (Appendix 10 of Annex 2).
- 4.5.5 In case a request for coordination is rejected or a conditional reply is given to such request, the reasons shall be given for this, indicating, if appropriate, either the radio station to be protected or the radio station which could cause interference to the planned radio station.
- 4.5.6 An administration making reference to Section 2.4 of this Agreement may only respond to a request for coordination by indicating "C" or "G" in accordance with Appendix 10 to Annex 2. No reason needs to be given for "G" in accordance with Section 4.5.5; reference to Section 2.4 shall be sufficient.

4.6 Evaluation in connection with tests

In order to make more efficient use of the radio spectrum, to avoid possible harmful interference and facilitate the enhancement of existing networks, the following procedure may be used:

- 4.6.1 If the administrations affected arrive at different results in their evaluations of the interference situation or if the request for coordination currently being processed so justifies, they shall agree to open the service on a trial basis.

7 Accession to the Agreement

Any European administration which adjoins at least one contracting administration may accede to this Agreement. A declaration to that effect shall be addressed to the Austrian administration. Upon approval by all signatory administrations, the accession shall take effect the day on which the requesting administration signs this Agreement.

8 Withdrawal from the Agreement

Any administration may withdraw from the Agreement by the end of a calendar month by giving notice of its intention at least six months before.

9 Status of prior coordinations

The new provisions shall not apply to frequency uses already agreed between contracting administrations prior to this Agreement being concluded. These frequencies shall be recorded in the Frequency Register.

10 Languages of the Agreement

This Agreement shall be made out in three originals in the German, French and English language, each version being equally authentic.

11 Entry into force of this agreement

Subject to the provisions of Section 13, this Agreement shall enter into force on {day} {month} [1993].

12 Revocation of the Agreement of 24 January 1986

At the same time, the Agreement on the coordination of frequencies between 29.7 and 960 MHz for the fixed and land mobile services (Vienna, 24 January 1986), which was concluded between the telecommunications administrations of Austria, Belgium, the Federal Republic of Germany, France, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Switzerland, Hungary, Czechoslovakia, Croatia and Slovenia shall cease to be effective.

13 Transitory provisions

- 13.1 The provisions of Annexes 2, 4 and 5 to this Agreement shall only be applied after the transition period defined in Section 13.2. During this transition period, the remaining provisions in connection with those contained in the Addendum to this Agreement shall be applied.

Administrations may agree bi- or multilaterally to communicate the data in the new format according to Annex 2 to this Agreement. In this case, the maximum effective antenna height in the direction to the neighbouring country concerned shall be indicated in the field 13Z.

- 13.2 The transition period starts at the date of entry into force of this Agreement and ends 12 months after the date when a common topographical data base and a common calculation program for the determination of the field strength are available for all signatory administrations.

14 Notification to the Secretary General of the International Telecommunication Union

The Austrian Administration shall notify the Secretary General of the International Telecommunication Union of the conclusion and the content of this Agreement.

*Administrations are encouraged to agree
bi- or multilaterally on an earlier introduction.*

**Agreement
on the Coordination of Frequencies between 29.7 and 960 MHz
for the Fixed and Land Mobile Services**

Vienna, {day} {month} [1993]

For the Austrian Administration: _____
(signature and seal)

For the Belgian Administration: _____
(signature and seal)

For the Croatian Administration: _____
(signature and seal)

For the Czech Administration: _____
(signature and seal)

For the French Administration: _____
(signature and seal)

For the German Administration: _____
(signature and seal)

For the Hungarian Administration: _____
(signature and seal)

For the Italian Administration: _____
(signature and seal)

For the Luxembourg Administration: _____
(signature and seal)

For the Dutch Administration: _____
(signature and seal)

For the Polish Administration: _____
(signature and seal)

For the Slovak Administration: _____
(signature and seal)

For the Slovenian Administration: _____
(signature and seal)

For the Swiss Administration: _____
(signature and seal)



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

URKUNDET HIERMIT

dass er

folgende Herren als seine Delegierten an der Konferenz zur Vereinbarung zwischen den Fernmeldeverwaltungen über die Koordination von Frequenzen zwischen 29,7 und 960 MHz für feste Funkdienste und bewegliche Landfunkdienste, die vom 30. November bis 3. Dezember 1993 in Wien stattfindet, bezeichnet hat:

Delegationschef:

Peter P a u l i , Chef der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Delegierte:

Urs L i e c h t i , Techniker der Sektion Frequenzen und Konzessionen im Bundesamt für Kommunikation

Urs S c h a f f e r , Verwaltungsbeamter, RT 51, Generaldirektion PTT.

Der Delegationschef ist ermächtigt, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

Zur Bekräftigung dessen ist diese Urkunde ausgefertigt, unterzeichnet und mit dem bundesrätlichen Siegel versehen worden.

Bern, 1. September 1993

IM NAMEN DES SCHWEIZ. BUNDESRATES

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

an H. P. Pauli / BAKOM - 1.9.93